

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 9 38. Jg.

27. Febr. 1925

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich freitags. Abonnementspreis 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch die Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsasserstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag, Telephon Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. - Druck und Expedition
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. *Zuschriften an die Expedition erbeten.* **Postverlagsort Schkeuditz.**

Gewerkschaften und Steuerfrage.

Steuern bezahlen ist das unangenehmste Geschäft das es gibt, ganz besonders für die besitzenden Schichten Deutschlands, die eigentlich, ohne unter der Last der Steuern leiden zu müssen, sie am leichtesten zahlen könnten. Aber es war schon im wilhelminischen Deutschland so, daß die reichsten Leute im Verhältnis die wenigsten Steuern zahlten. Jetzt soll es wieder das unbedingt abzuhelfende Bedürfnis sein, die reichen Klassen einer angemessenen Steuerzahlung zu entbinden. Es ist unglaublich, was an Gründen um den Beweis zu erbringen, daß die die fenden Steuern abgebaut werden müßten. Es ist gar nichts bei diesem Geschrei der bürgerlichen Presse, und alles ist sich darüber einig, daß die Steuern der Besitzenden abgebaut werden müssen. Selbstverständlich marschiert die „Wirtschaft“ in diesem Feldzuge gegen die bestehenden Steuergesetze voran und entblödet sich nicht zu behaupten, daß die hohen Steuern wesentlich mit daran schuld seien, daß die Warenpreise nicht abgebaut werden könnten. Als aber die Umsatzsteuer herabgesetzt und einige andere Unkosten verringert wurden, da hat man auch nichts vom Preisabbau gemerkt. Die „Wirtschaft“ deswegen angezapft, hatte sie allerhand Ausreden, aber keine plausiblen Gründe. Daß die Arbeiterschaft viel zu stark zur Steuerleistung herangezogen wird, ist zwar allgemein bekannt, aber es findet sich im bürgerlichen Lager keine Stimme die für sie eintritt, denn die Arbeiterschaft ist ja nach Ansicht der Besitzenden auch lediglich nur dazu da, alle Lasten auf ihren Buckel zu nehmen.

Nachdem die Lutherregierung unter freundlicher Mithilfe von Auch-Arbeitervertretern im Reichstag im Reich mode geworden ist, konnte mit Sicherheit damit gerechnet werden, daß das Steuerherabsetzungsgeschrei der Besitzenden hypnotisch auf diese Regierung wirke. Und siehe da, schon jetzt liegen sieben Gesetzentwürfe vor, die eine Steuerreform ankündigen. Nachdem die Reichsregierung durch ihre 700 Millionen-Liebesgabe an die Schwerindustrie zum Ausdruck gebracht hat, daß sie in Einnahmen erstiekt, liegt zweifellos Berechtigung vor, die Steuergesetzgebung zu reformieren. Aufgabe der Arbeiterschaft ist es — wenn schon in Steuerreform gemacht werden soll — für die Entlastung der Besitzlosen einzutreten und die von der Reichsregierung vorgeschlagene, geradezu skandalöse Begünstigung der Besitzenden zu vereiteln. Die Reichsregierung muß gezwungen werden, eine Steuerpolitik zu treiben, die den Lebensnotwendigkeiten der breiten Masse des Volkes entspricht. Dieser Zwang kann nur Resultat entschiedensten Kampfes der Arbeiterschaft gegen die Steuerpläne der Regierung sein. Die freien Gewerkschaften rufen zu diesem Kampfe durch den Mund des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Vorstandes des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes durch folgende Kundgebung auf:

„Die steuerliche Belastung der breiten Massen schreitet von Monat zu Monat weiter fort. An Lohn- und Gehaltssteuer wurden im Monat März des vorigen Jahres 71 Goldmillionen Mark erhoben. Im Juni waren es schon 96 Millionen, im Oktober 114, im November 119, im Dezember des vorigen Jahres und im

Januar 1925 sind es jetzt 126 Goldmillionen Mark gewesen! Wie von uns vorausgesagt, ist die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages von 50 auf 60 Mk. monatlich an den Reichseinnahmen spurlos vorübergegangen. Die Umsatzsteuer hat im Januar den ungeheuren Ertrag von über 200 Millionen Goldmark ergeben. Die Zolleinnahmen in Höhe von 52 Millionen Mark für den jüngst vergangenen Monat sind rund 30 Prozent der veranschlagten Jahreseinnahme! Der Reichsregierung ist ihre Liebesgabenpolitik zugunsten der Ruhrindustriellen nur durch eine beispiellose und ohne jede soziale Rücksicht vorgenommene Belastung der breiten Massen des Volkes möglich geworden.

**Die
Versammlungswoche**

des Verbandes vom 8. bis 15. Februar hat die organisatorische Einheit und Geschlossenheit der deutschen Kollegen erneut in nicht mißzuverstehender Weise zum Ausdruck gebracht. Was getan werden muß, um eine nachdrückliche Interessenvertretung d.r Kollegen zu sichern, hat einmütige Zustimmung gefunden. Die Berichte über die abgehaltenen Versammlungen, die in nächster Nummer der „Graphischen Presse“ der Kollegenschaft zur Kenntnis kommen werden, sind bereitetes Zeugnis dafür. Um allen Kollegen den Spiegel der Kollegenschaft zugänglich zu machen, hat der Verbandsvorstand beschlossen, diese Nummer des Verbandsorgans allen zugänglich zu machen. Die Mitgliedschaftsleitungen werden deshalb aufgefordert, die über die Zahl der aufgegebenen Abonnements der „Graphischen Presse“ hinaus benötigten Exemplare des Verbandsorgans zur Belehrung aller Kollegen sofort an die Adresse der Expedition, Conrad Müller, Schkeuditz bei Leipzig, aufzugeben, die ohne Bezahlung vom Verbandsvorstand geliefert werden. Es gilt alle Kollegen darüber zu informieren, wie die Stimmung der deutschen Kollegen ist. Das ist wichtig im Interesse der Einheit und Geschlossenheit des Verbandes! Dem die Meinung der Kollegen geht dahin, zur Stärkung der Verbandskasse eine erneute Beitragserhöhung ab 29. März durchzuführen. Der Verbandsvorstand wird seinen Beschluß den Kollegen noch rechtzeitig bekanntgeben. Darum: Die Nr. 10 des Verbandsorgans muß jedem Kollegen in die Hände kommen, weshalb die Mitgliedschaftsvorstände aufgefordert werden, die über das Abonnement der „Graphischen Presse“ hinaus benötigten Exemplare sofort an obengenannte Adresse zu melden.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände erheben hiermit lauten Protest gegen diese Steuerreform zugunsten der Besitzenden. Sie verlangen schon heute, daß die Reichsregierung endlich ausspricht, wie sie die Mehrkosten für die von vielen Parteien verlangte erhöhte Aufwertung aufzubringen gedenkt. Der Finanzausgleich mit den Ländern besteht aus einem Provisorium, das in sechs Wochen abläuft. Die Reichsregierung bringt es fertig, dennoch zu schweigen. Wir müssen die Regierung daran erinnern, daß das auch von ihr anerkannte Dawes-Gutachten die Art der notwendigen Steuerreform klar umrissen hat. Dort heißt es, „daß die reicheren Klassen in Deutschland in den letzten Jahren von dem in Kraft befindlichen Steuersystem nicht in angemessener Weise erfaßt worden sind, weder in einem Maße, das sich mit Rücksicht auf die Besteuerung der arbeitenden Klassen rechtfertigen würde, noch in einem Maße, das mit der Belastung der reicheren Klasse in anderen Ländern vergleichbar wäre.“

Jetzt hat die Reichsregierung durch sieben neue Gesetzesvorlagen die „Steuerreform“ angekündigt. Eine Durchprüfung der Entwürfe ergibt, daß sie auf eine skandalöse Begünstigung des Besitzes abzielen. Man spricht von einer sogenannten vereinfachten Veranlagung für die Einkommen- und Vermögenssteuern, die Stafelung soll für die großen Vermögen und Einkünfte günstiger werden als bisher, die Besitzbewertung der Landwirtschaft möchte man durch ein besonders landwirtfreundliches Organ vornehmen, die Kapital-Verkehrssteuern werden auf den Friedensstand herabgedrückt, die Erbschaftssteuer bleibt in ihrer vollen Lückenhaftigkeit bestehen, — das sind die Steuerreformpläne der Regierung! Soweit zu ihnen bisher schon die Begründungen gegeben worden sind, strotzen sie von Entschuldigungen darüber, daß den Besitzenden im vergangenen Jahr eigentlich zu viel Steuern abgenommen worden seien, obwohl unbestreitbar feststeht, daß die Besitzsteuern in erheblichem Umfange auf die breite Masse abgewälzt wurden.

Die Regierung wagt es, den Arbeitnehmern als einzige Erleichterung ihrer steuerlichen Last anzubieten, daß derjenige, der mehr als vier Kinder ernähren muß, für das fünfte und jedes weitere Kind in Zukunft 2 Prozent statt 1 Prozent in seiner Steuerrechnung einsetzen darf. Da die Regierung in ihren Entwürfen und auch bei deren Begründung nicht einmal von einer Herabsetzung der Umsatzsteuer gesprochen hat, so ist anzunehmen, daß sie glaubt, durch späteres Entgegenkommen auf diesem Gebiet den Volksprotest ablenken zu können.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände erheben hiermit lauten Protest gegen diese Steuerreform zugunsten der Besitzenden. Sie verlangen schon heute, daß die Reichsregierung endlich ausspricht, wie sie die Mehrkosten für die von vielen Parteien verlangte erhöhte Aufwertung aufzubringen gedenkt. Der Finanzausgleich mit den Ländern besteht aus einem Provisorium, das in sechs Wochen abläuft. Die Reichsregierung bringt es fertig, dennoch zu schweigen. Wir müssen die Regierung daran erinnern, daß das auch von ihr anerkannte Dawes-Gutachten die Art der notwendigen Steuerreform klar umrissen hat. Dort heißt es, „daß die reicheren Klassen in Deutschland in den letzten Jahren von dem in Kraft befindlichen Steuersystem nicht in angemessener Weise erfaßt worden sind, weder in einem Maße, das sich mit Rücksicht auf die Besteuerung der arbeitenden Klassen rechtfertigen würde, noch in einem Maße, das mit der Belastung der reicheren Klasse in anderen Ländern vergleichbar wäre.“

Wo bleibt die Versteuerung der Inflationsgewinne? Wann beginnt die Rückzahlung der Ruhrverdienste?

Es muß die Lohnsteuer weitgehend erleichtert werden?

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände haben ihre Stellung zur deutschen Steuergesetzgebung schon einmal ausführlich begründet. Diese Verhandlungsergebnisse sind auch dem damaligen Finanzminister und augenblicklichen Reichskanzler, Herrn Dr. Luther, übermittelt worden. Das gleiche geschah im Zusammenhang mit dem Sachverständigengutachten. Damals ist betont worden, daß die Gewerkschaften nicht zulassen könnten, daß die reicheren Klassen Deutschlands sich etwa nur deswegen den Vorschlägen fremder Mächte unterwerfen, weil sie glauben, bei der Verteilung der Kosten im Innern stark genug zu sein, um sie auf andere abzuwälzen.

Wir verlangen von der Reichsregierung eine Steuerpolitik, die nicht zuerst den Bedürfnissen der Besitzenden, der Industriekönige

und Agrarier, sondern den Lebensnotwendigkeiten der breiten Masse des Volkes entspricht.

Die Steuerpolitik, wie sie jetzt getrieben wird, liegt auf einer Linie mit der *Schutzzollpolitik*, die von der deutschen Schwerindustrie bei den Handelsvertragsverhandlungen immer sichtbar durchgesetzt, von einer kleineren aber mächtigen Schicht der Großgrundbesitzer gedeckt und durch die verarbeitende Industrie, die heute in einem Hörigkeitsverhältnis zu den Rohstoffbeherrschern lebt, geduldet wird.

Wirtschaftlicher Unverstand und politische Reaktion vereinigten sich, um die Konsumkraft der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der breiten Masse des Volkes, das letzte Fundament unserer Wirtschaft, zu untergraben.

Wir fordern unsere Mitglieder auf, zur Abwehr zu rüsten!

Steuerlasten und Steuer- verteilung.

Die besitzende Klasse in Deutschland hat es von jeher verstanden, sich der Heranziehung zu den Steuerlasten in weitem Umfange zu entziehen. Umsomehr mußten die breiten Massen des Volkes bluten, auf deren Schultern insbesondere die schwere Last der indirekten Steuern ruhte. Dabei war es immer der Besitz, der am meisten über Steuerbelastung klagte, daneben aber Vergünstigungen aller Art für sich forderte. So wird auch jetzt wieder aus den Kreisen der Industrie, des Handels und der Großagrarien, denen das Schreien über ihre Notlage zur zweiten Natur geworden ist, über die unerträgliche Steuerbelastung im neuen republikanischen Deutschland geklagt, die, wenn sie in dem behaupteten Maße vorhanden wäre, zum größten Teil von ihnen selbst verschuldet sein würde. Waren sie es doch gerade, die jenem deutschen Imperialismus huldigten, der mit zur Herbeiführung des Krieges beitrug, insbesondere dadurch, daß er die feindliche Stimmung gegen Deutschland hervorrief, die uns in dem Friedensvertrag von Versailles so verhängnisvoll wurde. Es ist aber nicht so. Gewiß, die Steuerbelastung hat unter dem Drucke der dem deutschen Volke durch den Friedensvertrag auferlegten Lasten wie den sonstigen Nachwirkungen des Krieges gewaltig zugenommen. Noch ist sogar ihre volle Höhe nicht erreicht, denn es steht noch schlimmeres bevor. Diese Lasten werden aber nicht, wie es notwendig, selbstverständlich und gerecht wäre, von dem Besitz, sondern überwiegend von der Masse der arbeitenden Bevölkerung getragen, neben allen Opfern, die ihr durch unzulängliche Löhne, Arbeitslosigkeit und unausgesetzte wucherische Preistreiberie auferlegt werden.

Mit Recht konnten die Sachverständigen des Dawesgutachtens auf Grund ihres Studiums der deutschen Wirtschaftsverhältnisse erklären: „daß die reichen Massen in Deutschland in den letzten Jahren nicht in angemessener Weise von dem in Kraft befindlichen Steuersystem erfaßt worden sind, weder in einem Maße, das die Besteuerung der arbeitenden Klassen rechtfertigen würde, noch in einem Maße, das mit der Belastung der reichen Klassen in anderen Ländern vergleichbar wäre“ und man zuverlässig sagen könne, „daß die wohlhabenden Klassen weit weniger als den ihnen zukommenden Anteil der nationalen Last zu tragen hatten.“

Diese vernichtende Kritik an dem deutschen Steuersystem trifft heute noch zu, und was über die unerträgliche Steuerbelastung von Industrie, Handel und Großagrariertum geredet wird, ist nichts weiter als ein grotesker Schwindel. Daran ändern auch die kleinen Ermäßigungen nichts, die für die unteren Klassen eingetretten sind. Was will es besagen, daß das steuerfreie Einkommen von 600 Mk. auf 720 Mk. erhöht wurde? Und was kann es bedeuten, wenn ab 1. Januar d. J. für den verheirateten Arbeiter mit zwei unterhaltspflichtigen Kindern und einem Monatslohn von 120 Mk. eine jährliche Steuerermäßigung von 21,60 Mk. eintritt, der bei einem Monatslohn von 330 Mk. eine Ermäßigung von 105 Mk., bei einem Einkommen von 600 Mk. eine Ermäßigung von 194,40 Mk. und so weiter steigend mit der Zunahme des Einkommens gegenübersteht, anstatt daß diese Fürsorge in ungeklärter Weise eintreten sollte. Doch wer hat, dem wird gegeben! Dieses in nüchternen Prosa umgesetzte Wort Heines hat nach wie vor seine Berechtigung.

Den Beweis hierfür bietet der neue Reichshaushaltsplan für 1925, der in den Ausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung mit 594, für Ausgaben in Erfüllung des Sachverständigengutachtens mit 1097, zusammen 1691 Millionen abschließt. Hiervon werden die Verpflichtungen des Sachverständigengutachtens durch die bekannte 800 Millionenleihe sowie durch Einnahmen aus den Schuldverschreibungen der Reichseisenbahngesellschaft, dem Dienst der Industriekönige und der Beförderungsteuer gedeckt. Die Deckung der Ausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung dagegen erfolgt durch

verschiedene kleine Verwaltungseinnahmen, dem Verkauf von Vorzugsaktien der Reichseisenbahn sowie schließlich durch Steuern, Zölle und Verbrauchsabgaben in Höhe von 5,2 Milliarden, die eigentlichen Reichseinnahmen. Was haben nun hiervon die Besitzlosen, was die Besitzenden aufzubringen?

Nach dem Reichshaushaltsplan entfällt auf die Einkommensteuer ein Aufbringungssoll von 1344 Millionen. Stellt man in Rechnung, daß nach den Steueransätzen des letzten halben Jahres rund 60 Prozent der Einkommensteuer aus der Lohnsteuer stammen, so ergeben sich selbst bei der stattgefundenen Erhöhung des steuerfreien Einkommens von 600 auf 720 Mk. rund 800 Millionen, die auf die Lohn- und Gehaltsempfänger entfallen. Hierzu kommt die Umsatzsteuer mit 1260 Millionen, die als Massensteuer auf den Verbrauch ebenfalls überwiegend von den gleichen Kreisen zu tragen ist. Dergleichen die Beförderungsteuer mit 230 Millionen sowie Zölle und Verbrauchsabgaben mit 1050 Millionen. Insgesamt beträgt also die Belastung der Nichtbesitzenden rund 3340 Millionen.

Dem stehen als Belastung der Besitzenden gegenüber: Einkommensteuer 544, Vermögenssteuer 376, Erbschaftsteuer 30, Luxusumsatzsteuer 180, Weinsteuern 48, Körperschaftsteuer 144, Grunderwerbssteuer 150, Kapitalertragssteuer 198 und diverse sonstige Steuern 192, zusammen 1862 Millionen. Diese Belastung ist aber sehr reichlich gerechnet, denn auch von diesen Steuern wird noch ein sehr erheblicher Teil auf die besitzlosen Massen abgewälzt und muß deshalb von ihnen mitgetragen werden. Lassen wir aber diese Gegenüberstellung gelten, so beträgt in Deutschland die Belastung der Besitzlosen 3340, der Besitzenden 1862 Millionen. Rund 64 Prozent der Reichseinnahmen sind von den Lohn- und Gehaltsempfängern und Verbrauchern, dagegen nur 36 Prozent von den Besitzenden aufzubringen. Ein tollereres Mißverhältnis kann es kaum geben.

Wie unsinnig und ungerecht dieser Zustand ist, zeigt ein Blick auf England, dessen Einkommensteuer im Jahre 1922-25 einen Ertrag von 379 Millionen Pfund Sterling = 7,5 Milliarden Mark aufwies. Ebenso erzielte dort die Erbschaftsteuer eine Einnahme von 57 Millionen Pfund Sterling = 1140 Millionen Mark gegen 30 Millionen in Deutschland, wo natürlich Milliardenbesitzer wie die eines Stinnes vollständig steuerfrei bleiben können. Die angeführten Steuern Englands betragen allein das sechsfache der deutschen Einkommen- und Erbschaftsteuer sowie das fünfeinhalbfache dessen, was die Besitzenden in Deutschland an Steuern zu zahlen haben. Dabei sind es in England die besitzenden Kreise, die in dieser Weise zur Deckung der Staatslasten herangezogen werden, denn die unteren Volksschichten bleiben bis zu 4500 Mk. Jahreseinkommen von den direkten Steuern frei und werden nur durch die Verbrauchssteuern belastet. In Deutschland besteht ein umgekehrtes Verhältnis. Hier werden die Staatslasten überwiegend von den ärmeren Volksschichten aufgebracht, obgleich ihre Einkommenverhältnisse wesentlich ungünstiger sind wie in England. Auf die besitzende Klasse dagegen entfällt nur ein geringer Bruchteil.

Auch in der Vorkriegszeit war die Verteilung der Steuerlasten in Deutschland eine wenig soziale. Gleichwohl traten dazwischen ungeheuerliche Verhältnisse wie gegenwärtig doch nur vereinzelt in die Erscheinung. Ein strikter Nachweis läßt sich hierfür nicht liefern, weil das Reich zu jener Zeit noch keine Einkommensteuer erhob, sondern seine Ausgaben fast ausschließlich durch Verbrauchsabgaben gedeckt wurden, die vorzugsweise die ärmeren Volksschichten trafen. Trotzdem ergeben die Einkommensteuern der einzelnen Bundesstaaten, daß wenigstens in dieser Richtung eine andere Verteilung der Steuerlasten stattfand. In Sachsen betrug z. B. im Jahre 1914 der Anteil der arbeitenden Schichten an der Einkommensteuer 26 Prozent, der Besitzenden 74 Prozent; dergleichen in Württemberg, wo 1916 auf die Einkommen bis zu 3350 Mark jährlich 28,1 Prozent, auf die höheren Einkommen 71,9 Prozent entfielen. Ein ähnliches

Verhältnis war in den übrigen damaligen Bundesstaaten vorhanden. Erst seit Ausbruch des Krieges, besonders in der Zeit der Inflation haben es die Besitzenden fertig gebracht, den Steuerbetrag und die Steuerhinterziehung zur vollen Virtuosität zu entwickeln und sich in steigendem Maße von den Steuerleistungen zu drücken. Es ist wirklich hohe Zeit, daß diesem skandalösen Zustande bald und gründlich ein Ende gemacht wird.

Mehrer unserer Macht.

Von Prometheus.

Unter dem Begriff „Mehrer unserer Macht“ fallen eine ganze Anzahl Arbeiterinstitutionen. Die freien Gewerkschaften, die freien Angestelltenverbände, die Konsumgenossenschaften, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Arbeitersekretariate, Arbeiterbildungskartelle und vieles andere mehr, ausschließlich erschaffen, der arbeitenden Klasse zu dienen. Von diesen vielen „Mehrer unserer Kraft“ soll heute ein höchwichtiges Bandglied herausgezogen werden. Es sei eine verbende Besprechung zum Nachdenken vieler unserer Kollegen.

Ich nehme heute die Konsumgenossenschaften heraus. Diesem bedeutungsvollen Faktor der Arbeiterschaft wird viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, in Arbeiterkreisen im allgemeinen und in unseren Mitglieder Reihen im besonderen. Eine Vernachlässigung, die eine schädliche Wirkung auf unseren Kampf um die Machtstellung der schaffenden Stände ausübt. Wollte man eine Statistik aufstellen, wieviel Kollegen unserer Branchen Mitglieder der Konsumgenossenschaften sind, so käme ein erstaunlich niedriger Prozentsatz heraus. Ein Beweis dafür, daß dieser „Mehrer unserer Macht“ nicht erfaßt und richtig verstanden wird. Ich will mit versuchen, diesem Ubelstand abzuhelfen. Möge es mir gelingen die Kollegen zum Nachdenken darüber anzuspornen und die Macht vergrößern zu helfen!

Woran liegt nun der schwache Anteil unserer Berufskollegen am Genossenschaftswesen? Ersten an der Interesslosigkeit eines größeren Teils der Kollegenschaft. Diese schlittern zu gleichgültig durchs Leben. Sie vermögen nicht zu erkennen, welche Kraft in jedem einzelnen wohnt. Und sei sie im einzelnen noch so klein, vereint wird sie zur Größe, zur Macht! Zweitens am Unverstand und Widerwillen der Frauen und Töchter unserer Senefelderschar. Die Interesslosigkeit eines erheblichen Teiles der Jünger Senefelders ist mir geradezu unverständlich, dagegen wird mir der Unverstand und Widerwillen der Frauen leichter verständlich. Liegt es nur am Unverstand der Frau, dann trägt die Gleichgültigkeit des Mannes die Hauptschuld. Mangel an Aufklärungswillen, Wortkargheit und Schläpheit sind hier bestimmender Faktor. Der Widerwillen der Frau ist menschlich begreiflich. Die Umgebung, in denen sich die Frau in vielen Fällen tagsüber bewegt, verleiht seine Wirkung nicht. Das Gefühlleben und die weiche Natur des Weibes im allgemeinen macht diese jenem Treiben zugänglich. Das berechtigte und unberechtigte Jammer der Geschäftswelt beeinflusst die Frau über alle Maßen. Dazu das Schimpfen auf das Schaffen der Posten und womöglich die Beweisführung, daß der oder jener Artikel sogar teurer im Konsum erstanden würde als beim Krämer. Dadurch entsteht der Widerwillen der Frau, den der Mann systematisch zu brechen hat. Daran, daß das Aufzählen zweier Artikel, welche im Konsum zufällig teurer zu erstehen sind, nur Sand in die Augen der Frauen ist, denken sie meist nicht. Die Rechnung hat ohnedies ein großes Loch. Man kaufe im gleichen Zeitraum, etwa einen Monat lang, je den gleichen Artikel in der Genossenschaft und beim Händler. Am Monatsende mache man die Rechnung auf und staune. Ohne an die Rückvergütung dabei zu denken.

Aus dem Jahrbuch des Zentralverbandes ist zu ersehen, wie stark die Genossenschaftsbewegung heute ist. Sie bildet bereits ein wichtiges, bestimmendes Glied in der Wirtschaftsbewegung. Es ist ein starker Wirtschaftsbund

der genossenschaftlichen Verbraucher und von einschneidender Bedeutung im Wirtschaftsleben der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Aber wie viel größer, führender könnte jener Machtfaktor sein. Welch ein „Mehrer der Macht!“ O, Millionen des Reiches, begreift! Begreift was in dieser Macht steckt. Wie sie zu gebrauchen wäre. Hebt diese genossenschaftliche Idee des Sozialismus! Helft dies aufzubauen und auszubauen. Kollegen werdet Mitglieder. Schließt die Reihen! Es genügt nicht, wenn die Konsumgenossenschaften eine größere Anzahl Läden eröffnen können. Es genügt auch nicht, wenn im ganzen Reich ein paar hundert Eigenbetriebe bestehen. Tausende von Eigenbetrieben müssen erstehen. Läden an Läden erstehen. Die Massen mit ihren Familienverbänden haben die Kraft in ihrer Hand, diese Macht erstehen zu lassen. Wenn die Genossenschaften im weitesten Sinne gezwungen sind, vom privatkapitalistischen Wirtschaftssystem Erzeugnisse zu kaufen, so ist damit wenig gedient für den Genossenschafter. Eigenbetrieb ist das Wichtigste! Die Eigenherzeugung erst kann sichtbar verbilligend wirken. Was nützt es, wenn der Privatkapitalist weiter erzeugt und wir gezwungen sind, seine Produkte zu kaufen. Wir müssen mehr und mehr Erzeuger, Besitzer werden. Das wirkt sich ganz anders aus, als der heutige Zustand. Der achtbare Anfang zum Besitz, zur Selbsterzeugung ist von den Genossenschaften gemacht. Zigarrenfabriken, Seifen-, Zündholzfabriken, Weberei, Sägewerk, Molkereien, Kellereien, Fleischerieien und anderes erstand. Es ist nach meinen Begriffen erst der Anfang. Was könnte alles noch erstehen. Ganze Werkanlagen könnten unser werden! Fabriken der verschiedensten Industriezweige. Ein Heer von fleißigen, pflichtbewußten Arbeitern und Arbeiterinnen könnten dort untergebracht werden. Jeder seinen Fähigkeiten nach an den richtigen Platz gestellt! Ist es nicht erhebender, nutzbringend für seine Klasse, soziales und sich selbst in best Familienangehörigen seine Arbeitskraft zu verbrauchen, als dieselbe feindlich gesinnten, unterdrückenden Klassen zu leihen. Jener Klasse, die wertvolle Arbeitskraft gegen geringes Entgelt zu verkaufen, daß diese auf Kosten der darbenenden Schar ein sattes, behagliches, ja oft luxuriöses und ausschweifendes Leben führen kann. Sich nicht kümmernd um die Schweißtropfen ihrer Vasallen, die als Menschen zweiter Klasse erniedrigend behandelt werden! In den durch die Kraft der Genossenschaftsmitglieder erstandenen Fabriken könnten Massen des schaffenden Volkes Brot und damit Leben erhalten. Ein menschenwürdigeres Dasein wäre sicher ihr Los. Jeder könnte dem Grade seiner Leistungsfähigkeit entsprechend wirken. Dieses Amt müßte er mit größter Pflichttreue ausfüllen. Ein um wieviel angenehmeres Schaffen für alle. Menschliche Behandlung gegenüber der heutigen in privatkapitalistischer Wirtschaft! Wie schreibt der Arbeiterdichter Karl Bröger im Pfeiler?

Der Zukunft Tempel wird sich fügen,
Wenn nur die Pfeiler dem Bau genügen.
So fügt auch ein
Stein für Stein!
Stützt und hebt und haltet stand!
Wir tragen die Zeit, wir tragen das Land!

Welchen Sinn soll das Leben für uns arbeitende Klasse haben, wenn wir nicht erstreben dürfen, es uns behaglicher einzurichten? Sollen wir ewig verdammt sein nur Unterdrückte, Angeschmiedete der Not zu sein? Ist das Dunkel nicht zu lichten? Ja, es ist zu lichten. Wir haben die Kraft dazu. Wir selbst sind die Kraft und damit die Macht!

Der soeben angedeutete Weg ist gangbar, durchführbar. Er darf nur von den Massen beschritten werden. Darum, Kollegen, zieht die Lehren daraus. Werdet Mitglieder der Konsumgenossenschaften.

Hinein in dieselben. Belehret eure Frauen, Töchter und Söhne. Nützet eure Kraft und hebt den „Mehrer der Macht!“

Ich schließe mit Seimos Worten aus der Tiefe in Goethes Faust, zweiter Teil:

Einmal noch mit Kraft geschoben,
Mit den Schuftern brav gehoben!
So gelangen wir nach oben,
Wo uns alles weichen muß!

Unterstützungsverein Senefelder.

Insbesondere den jüngeren Kollegen wird der Unterstützungsverein Senefelder unbekannt sein. Deshalb folgende Bemerkungen voraus: Im Jahre 1905 fand die Verschmelzung der bis dahin in Deutschland vorhandenen zwei großen kollegialen Zentralvereinigungen statt, des Deutschen Senefelder-Bundes mit dem Verein der Lithographen, Steindruckern und Berufsgenossen. Um diese Verschmelzung waren jahrelang die bittersten Bruderkämpfe geführt worden. Die im Jahre 1891 gegründete gewerkschaftliche Organisation, der Verein der Lithographen, Steindruckern und Berufsgenossen hatte deshalb einen schweren

Stand in der Herbeiführung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Kollegen, weil viele Kollegen nur Mitglied im Deutschen Senefelder-Bund waren, der als Unterstützungsverein Kranken-, Invaliden-, Witwen-Unterstützung und Sterbegelder auszahlte. Viele Mitglieder dieses Senefelder-Bundes standen sogar der gewerkschaftlichen Organisation feindlich gegenüber.

Als dann durch Urabstimmungen und stattgefundenen Kongresse die Verschmelzung des Verbandes und des Bundes herbeigeführt war, fanden sich eine Reihe Kollegen, die als Gegner dieser Vereinigung der deutschen Kollegen und damit auch als Gegner des Gewerkschaftsgedankens auftraten und sogar durch eine Gerichtsklage die stattgefundenen Verschmelzung hinfällig machen wollten. Diese rückständigen Kollegen, die glaubten, daß sie nur einen Unterstützungsverein und keine Kampforganisation gebrauchten — die meisten waren als Oberlithographen, Oberdrucker usw. mit ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen zufrieden — gründeten dann den Unterstützungsverein Senefelder. Er zahlte nur Kranken-, Invaliden- und Sterbepflichter. Seinen Sitz hat er in Frankfurt am Main und in einer Reihe von Städten Zahlstellen.

Während der Streik- und Aussperrzeit 1906 und 1911-12 hat dieser Unterstützungsverein unserem Verband viel zu schaffen gemacht, da er in Verbindung mit dem Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer stand. Ein großer Teil der Mitglieder des Unterstützungsvereins Senefelder hat deshalb jede Solidarität bei diesen Kämpfen vermissen lassen und gearbeitet, während die Kollegen auf der Straße standen.

Dann kam der Krieg und die Inflationszeit. Während dieser Zeit mußte der Verein Senefelder seine Tätigkeit einstellen und es bestand die Meinung, daß sich dieser Unterstützungsverein inzwischen aufgelöst hätte. Jetzt wird jedoch mitgeteilt, daß er in einigen Städten wieder Anstrengungen macht, Mitglieder zu werben. Als neutrale Hilfskassenkasse verspricht dieser Unterstützungsverein für einen Wochenbeitrag von 50 Pfg. ein Krankengeld von 10,50 Mark. An die Invalidenunterstützung scheint er sich noch nicht heranzuwagen, weil die meisten der früheren Mitglieder des Unterstützungsvereins Senefelder alte Kollegen sind und zu Invalidenunterstützung bezugsberechtigt wären. Es wird uns berichtet, daß bei der jetzigen Mitgliederwerbung des Unterstützungsvereins Senefelder die deutschen Kollegen auf die geringe Krankenunterstützung hingewiesen werden, die von unserem Verbandsverband gezahlt wird.

Im Eigeninteresse waren wir alle Kollegen vor einem Eintritt in diesen Unterstützungsverein. Es soll zugegeben werden, daß unser Verband jetzt noch nicht in der Lage ist, die Krankenunterstützung in derselben Höhe zahlen zu können, wie vor dem Kriege. Aber es muß anerkannt werden, daß der Aufbau unserer Unterstützungsvereine, nachdem die Inflation alles zunichte gemacht hatte, doch recht gut vorwärts gegangen ist und tritt ab 29. März wieder eine Erhöhung der Unterstützungssätze ein. Der im August in Köln tagende Verbandsrat wird ganz bestimmt eine Festsetzung der Unterstützungssätze bringen, mit der alle Kollegen zufrieden sein werden und die eine weitere Zuschußkasse unnötig machen. Deshalb ergibt nochmals die Warnung an alle Kollegen, in den Unterstützungsverein Senefelder nicht einzutreten und alles zu tun, die Geschlossenheit unseres Verbandes zu wahren.

Bericht über die Metallwarenfabrik L. Paulus & Co., Prag-Midle Nr. 377.

Ich erachte es als meine Pflicht, die Verhältnisse der Firma Paulus & Co. näher zu beleuchten. Vorausschicken muß ich meinen Zeilen, daß ich mich vor definitiver Zusage, mit Fragokarte an den dortigen Organisationsvorstand um Auskunft gewandt habe, mit der Bitte um ausführliche Mitteilung. Der Organisationsvorstand schrieb mir auch, daß gegen eine Konditionsannahme bei oben erwähnter Firma von seiten der dortigen Organisation nichts einzuwenden sei, nur erscheine ihm persönlich der mir zugesprochene Lohn von wöchentlich 450.— Kronen auf Grund meiner verantwortlichen Tätigkeit etwas zu gering. In der Annahme, daß die Firma solid ist, trat ich die Reise zum neuen Wirkungskreis an, da mir die Firma gegen Einsendung meiner Originalzeugnisse 50.— Goldmark für Reise- und Paßspesen übersandte mit der Bemerkung, bei evtl. Zufriedenstellung die 450.— Kronen nur als Anfangslohn betrachten zu wollen. Doch sollte mich die Zeit bald eines anderen belehren. Die Firma wird eigentlich von dem Teilhaber dirigiert, einem Kaufmann mit Namen Pollak. Der Träger der Firma (Paulus) arbeitet als technischer Leiter im Betrieb mit, überwacht die Maschinen und disponiert über sämtliche Abteilungen, Stanzerie, Schlosserei usw., mit Ausnahme der Druckerei, welche Herr Pollak selbst leitet.

Es ist mir schleierhaft, wie Zustände sich so auswaschen können, wie ich sie in den wenigen Tagen dort kennen lernen mußte, sie mögen allen deutschen Kollegen nicht vorenthalten bleiben und an alle jene ein Mahnruf sein, wie vorichtig man bei Antritt einer Stellung im Ausland sein muß.

Das Unternehmen befindet sich im äußersten Ausbau von Prag, sozusagen auf freiem Felde. Schon bei Eintritt in das Fabrikgebäude fällt dem Besucher eine großzügig angelegte Kontrollstehuhr ins Auge, jeweils ausgestattet mit nummerierten Fächern nach Zahl der Arbeiter, in denen sich eine namentlich aufgeführte Kontrollkarte befindet. Die Arbeitszeit beginnt morgens 7 bis 12 Uhr, dann Mittagspause bis 1/2 Uhr und endet abends um 5 Uhr. Samstags wird nicht gearbeitet, da der Teilhaber seiner religiösen Überzeugung nach ab Freitagabend 5 Uhr nicht mehr den Betrieb betreibt.

Der Druckereisaal ist aus Eisenbeton hergestellt und befindet sich in demselben drei Schnell-, drei Handpressen und eine Schleifmaschine. Die Schnellpressen sind sämtlich älteren, jeweils sehr veralteten Systems und haben zwei das Format 60 cm und eine zu 140 cm, an der ich das Glück hatte arbeiten zu müssen. Die Schleifmaschine ist wohl ein vorsintflutliches Ungeheuer zu nennen, von praktischer, genauer Arbeitsleistung keine Rede, was dem Kollegen zum Bewußtsein kommt, falls er einen Stein einrichten muß. Die Lager meiner Maschine in der Zylinderlagerung waren derart ausgelaufen, daß an eine genaue Paßarbeit von vornherein nicht zu denken war. Die Differenz im Passer betrug jeweils 1 bis 1 1/2 mm, und doch sollten Blechplakate bis zu 13 Farben darauf von mir gefertigt werden. Ich beanstandete diese Mängel sofort, verlangte von der Firma Nachschau durch einen Monteur und lehnte im gegebenen Verhältnis jede Verantwortung ab. Der Monteur wurde gerufen, er teilte nach kurzem Überblick ganz meine Meinung und erklärte, daß hier eine Neulagerung der Zylinder unbedingt notwendig sei, es müsse, soll die Maschine präzise arbeiten, eine Demontage erfolgen mit Einlieferung der Maschinenteile zur Maschinenfabrik. Arbeitsdauer mindestens 14 Tage. Dem Kaufmann kam die Sache nach seinem rechnerischen Beispiel scheinbar doch zu kostspielig, er verhandelte mit seinem Sozium in tschechischer Sprache und ehe ich mich versah, wurde in eigener Werkstatt dem Übel nach Ansicht des Kaufmanns in ein bis zwei Stunden glatt abgeholfen. Ein Hausschlosser wurde gerufen, der bohrte sich in die beiden Zylinderlager rechts und links je vier Löcher, im Nu wurden die Lager mit einer je 2 cm starken Metallplatte bestückt und durch Anziehen der jeweils vier Kontermuttern die Zylinderlagerung dem ausgelaufenen Spielraum nach zusammengedrückt. Der Kaufmann erging sich mir gegenüber in fachmännischen Ausdrücken, daß ich mich eines kühlen Lächelns nicht erwehren konnte, unter anderem erklärte er mir, daß jetzt das Übel behoben sei, er verlange nun von mir, wenn wir weiter beisammenbleiben wollten, haarscharfe Passer, täglich eine Auflage von mindestens 3000 Exemplaren, gleichviel ob die Auflage nur 1000 Stück beträgt. Ich müsse dann eben dreimal einrichten, dreimal Farbmischen und dreimal Putzen lassen. Wie ich diese Norm erreichen könnte, schrieb er mir unter anderem wie folgt vor: Nach Ablauf der ersten Farbe müsse ich den Stein als erste Arbeit sofort ausrichten, inzwischen müsse die Anlegerin den Farbstein reinigen, dann hätte ich unverzüglich an die Mischung der zweiten Farbe zu gehen und bis die Frauen die Maschine geputzt haben, müsse ich fertig sein mit dem Farbmischen und der nachfolgende Stein hat eingereicht zu sein. Nur so könnte ich nach Ansicht des Kaufmanns die von ihm geforderte Quantität erreichen, bei einer Auflage von 1000 Stück nebst 50 Zuschuß. Außerdem muß es Qualitätsarbeit sein und ich mich für Lichttheit der Farben verbürgen. Tatsächlich sind annähernd diese Leistungen, nicht von deutschen, sondern von tschechischen Kollegen erreicht worden, wenn auch von Qualitätsarbeit keine Rede sein konnte. Der Kaufmann überläßt seine ganzen kaufmännischen Arbeiten seinem Bureaupersonal und steht von morgens 1/8 bis 5 Uhr abends dauernd in der Druckerei und treibt die ganze Belegschaft zur Arbeit an. Ich hatte das Pech, daß sich ein Sandkorn in den Walzen festsetzte, um dieses zu entfernen ließ ich halten, schon war der Kaufmann bei der Hand, warum anhalten, immer schnell, Zeit ist Geld, viele Geld. Ich wollte ihm bedeuten, daß sich während des Druckens ungehört und ungewollt, oftmals technische Schwierigkeiten ergeben, davon war der Kaufmann nicht zu überzeugen, er vertritt den Standpunkt, wenn eingerichtet ist, ist alles behoben. Wie solche Zustände sich entwickeln können, ist mir einfach ein Rätsel, sie sind lediglich nur auf die Laxheit der Kollegen zurückzuführen. Der deutsche Kollege gewinnt sofort den Eindruck, daß hier die Organisation und die Kollegenschaft sich baldigst aufräumen dürften, andere Verhältnisse zu erreichen. Im Betrieb arbeiten noch drei Drucker und ein Litho-

graph, sämtliche Deutschböhmen, im persönlichen Verkehr sehr nette Menschen.

Mit der Verpflegung war es das gleiche, der Kaufmann schrieb mir, ich könnte in seiner Fabrikantene täglich für 6 Kronen eben so gut wie auswählreich essen. Als ich am ersten Arbeitstag mittag nach der Fabrikantene mich erkundigte, erklärte man mir, daß ich wohl im Irrtum sei, es bestähe nur eine Hausmeisterei, aber keine Kantine. Ich suchte dieselbe auf. O Schreck, nach unseren Begriffen, eine geräumige Privatküche und nicht einmal sauber. Das Essen war eintönig und fad; von einer Auswahl gar keine Rede. Es wurde einerlei gekocht. Mit dem Gedanken, einmal und nicht wieder, verließ ich den mir von der Geschäftsleitung angewiesenen Raum. Ein Kollege erbat sich meiner und nahm mich mit in sein Logis. Dort war es reinlich und die Verpflegung gut. Doch waren vier Mann in einem Zimmer ohne Schrank. Reformbetten und als Zudecke nur eine leichte eingeschlagene Decke. Für die Wintermonate entschieden zu leicht, ich habe mich dabei sehr erkältet. Eine Verlegung meines Quartiers nach Prag, wäre für mich viel zu umständlich gewesen, denn wie schon erwähnt, lag die Fabrik am äußersten Ausbau der Stadt, ich hätte eine halbe Stunde Weges zur Straßenbahn gehabt und dann noch 20 bis 25 Minuten Fahrzeit, abgesehen von der Umständlichkeit und den erhöhten Spesen. Am ersten Zahltag machte ich böse Augen, statt des vereinbarten Lohnes von 450,- Kronen zahlte der Kaufmann mir nur die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden. Voll Wut über dieses Geschäftsgebahren und Ingrimis über diesen Hereinfall faßte ich den Entschluß, sofort wieder abzureisen. Ich ließ dem Kaufmann meine Papiere, setzte mich auf die Bahn und fuhr der deutschen Heimat wieder zu, vertraut mit dem Gedanken, den deutschen Kollegen dieses Kunstidyll zu schildern und alle zu warnen, nach dort in Stellung zu gehen. Oskar Bauer.

Wie die Kollegen aus Lemberg uns berichten, befinden sie sich ebenfalls in einem Tarifkampfe. Der widerspenstige Unternehmer der Firma „Atlas“, Lemberg, will angeblich mit Hilfe deutscher Kollegen sich der Tarifpflicht entziehen und wird deshalb als Werber gemeldet. Ganz abgesehen davon, daß in Deutschland zur Zeit genügend Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sind, ist beim Auftreten des Vertreters der Firma „Atlas“ diesem Herren zu bedeuten, daß er seine Zeit dazu verwenden soll, den Tarifstreit in Lemberg zu einem guten Ende zu bringen. Deutsche Kollegen haben keine Zeit Rausreißerdienste zu leisten! Deshalb ist Lemberg bis zur Beendigung der Tarifbewegung gesperrt und kein deutscher Kollege berechtigt, in Lemberg Stellung anzunehmen!

Der Buchdrucker tarif in der Urabstimmung angenommen.

Der vom 6. bis 19. Januar in Berlin beratene neue Buchdrucker tarif unterlag gemäß den Satzungen des Deutschen Buchdrucker-Verbandes der Urabstimmung, die vom Verbandsvorstand für den 10. Februar ausgeschrieben war. Von den 69989 abstimmungsberechtigten Mitgliedern machten 56824 Mitglieder = 82,27 Prozent von ihrem Abstimmungsrecht Gebrauch. Für Annahme des Tarifes stimmten 32156, gleich 57 Prozent; für Ablehnung des Tarifes votierten 24410, gleich 43 Prozent. Der neue Tarif ist damit durch die Gehilfenschaft angenommen worden. Aber die hohe Zahl der tarifablehnenden Kollegen ist doch sehr beachtlich. Haben doch einige Gaue mit Mehrheit gegen den Abschluß des Tarifes gestimmt. Der Tarif gilt nunmehr bis zum 28. Februar 1926.

In Deutschland fehlen über eine Million Wohnungen.

Regierungsrat Dr. Rindfuß berechnet die Zahl der in Deutschland fehlenden Kleinwohnungen auf über eine Million. Vor dem Krieg war im heutigen Reichsgebiet ein jährlicher Zugang von 215000 Wohnungen zu verzeichnen. Da die Haushaltungen in den Jahren 1914 bis 1924 im Jahresdurchschnitt ebenfalls um 215000 zugenommen haben, ist der jährliche Wohnungsbedarf ebenso hoch wie vor dem Krieg. (Für den Wohnungsbedarf sind nicht die Veränderungen der Bevölkerungszahl, sondern die Zahl der Haushaltungen maßgebend.) Statt der benötigten 2150000 Wohnungen in den vergangenen zehn Jahren sind in dieser Zeitspanne nur

715000 Wohnungen hinzugekommen, es würden also 1435000 Wohnungen fehlen. Wenn man auf die früher immer vorhandene Wohnungsreserve — 1914 gab es 280000 leere Wohnungen — verzichtet, bleiben noch immer 1115000 fehlende Wohnungen. Die Teilung großer Wohnungen, die im übrigen nur zwei Prozent der Gesamtwohnungen ausmachen, ist technisch zum meist nicht durchführbar. Wäre sie möglich, so könnten dadurch auch nur 280000 Wohnungen gewonnen werden. Regierungsrat Rindfuß zeigt die Lächerlichkeit der Behauptung, daß durch die Aufhebung des Mieterschutzes die Wohnungsnot behoben werden könne. Die Baukosten betragen das Eineinhalbfache der Friedenshöhe, Baugeld ist, wenn überhaupt, nur zum zwei- bis fünf-fachen Zinsfuß der Vorkriegszeit erhältlich, die privatkapitalistisch gebauten Wohnungen müßten zum allermindesten die dreifache Vorkriegsmiete erfordern. Bei Freigabe der Mietspreibildung hätten die Mieten in den alten Wohnungen zum mindesten die Tendenz, die Höhe der Mieten in den neuen Wohnungen, also der dreifachen Vorkriegsmiete, zu erreichen, was für mindestens 90 bis 95 Prozent der Mieter unerträglich wäre.

Vom Büchertisch.

Illustrierte Reichsbanner - Zeitung, Berlin-Charlottenburg, Knesebeckstr. 100. Preis pro Exemplar 20 Pfg.

Trotzdem das Erscheinen der ersten Nummern dieser illustrierten Zeitschrift in den Trüben des Wahlkampfes fiel, hat die „i. R. Z.“ in überraschend kurzer Zeit eine außerordentlich hohe Auflageziffer erreicht. Das ist zweifellos auf die ausgezeichnete Ausgestaltung der Zeitung zurückzuführen, die tatsächlich von Anfang an in die Reihe der führenden illustrierten Zeitschriften getreten ist. Die Reichsbanner-Illustrierte verfolgt dieselbe Tendenz wie das Reichsbanner überhaupt, d. h. Stärkung und Verbreitung des republikanischen und staatsbürgerlichen Geistes. Sie bringt in Bild und Schrift alles, was im öffentlichen Leben in der deutschen Republik, in der Volkswirtschaft und in der deutschen Politik von Wichtigkeit ist, ohne dabei auch nur im geringsten die zahlreichen andern Gebiete, die interessieren und die auch gern im Bild gesehen werden, zu vernachlässigen. Kunst und Wissenschaft, Sport und Körperkultur, bewundernswerte Stellen der Welt und aktuelle Ereignisse kommen in Wort und Bild zur Darstellung. Gute Novellen, ein guter Roman und gelegener Humor bieten literarischen Genuß. Die illustrierte Zeitschrift kann nur bestens empfohlen werden.

Berichtigung.

In Nr. 8 der „Graphischen Presse“ vom 20. Februar heißt es im Leitartikel, 3. Spalte, 16. Zeile von unten: zur Bewältigung vorhandenen Arbeitsmangels. Es muß natürlich heißen: vorhandener Arbeitsaufträge.

Internationale Kampfrevue.

Die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen stößt auf immer größere Schwierigkeiten und auch im Ausland bedarf es erst des entschiedenen Widerstandes der Kollegen, um die Unternehmer für den Abschluß eines Tarifes geneigt zu machen. Da ein Tarif neben der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auch stets zugleich die Anerkennung der Organisation in sich schließt, gewinnen die Tarifkämpfe die größte Bedeutung, die die Beachtung aller Kollegen erzwingen.

Wir suchen für sofort oder später eine tüchtige Kraft als **Leiter unserer Ätzer** Derselbe muß über umfassende technische Kenntnisse verfügen und befähigt sein, mit Takt und Umsicht, die Leitung der Abteilung gut durchzuführen. Ferner stellen wir noch ein mehrere **1a Farb- und Schwarz-Ätzer, Strich-Ätzer, Metall-Retuscheure, Positiv-Retuscheure, Xylographen, Zeichner, Galvanoplastiker, Photograph, für Metall, Stein und Offset, Kopierer, Andruker.** Angebote unter Angabe der bisherigen Tätigkeit und Gehaltsansprüchen erbeten. **Vereinigte Graph. Kunstanstalten Borgstädt & Busch, Bielefeld.**

Erster Offsetdrucker von größerer, leistungsfähiger Anstalt gegen gute Bezahlung sofort gesucht. Gefl. Angebote an **Gräß, Barth & Comp., Breslau 1.**

Mehrere tüchtige **Messingstecher** durch den Nachweis gesucht für dauernde Beschäftigung. **Carl Brinkmann, Formstecherei, Bramsche.**

Wir suchen einen tüchtigen **Flachdruckmaschinenmeister** in angenehme und gutbezahlte Stellung. Der Posten ist sofort zu besetzen. Gefl. Offerten erbiten **Wezel & Naumann, G. m. b. H., Mülfort b. Rheydt**

Andruker, Autoätzer, Reproduktions-Photographen u. Positivretuscheure stellt sofort ein **Vereinigte chemigraphische Kunstanstalten K. A. Machleb, Chemnitz, Theaterstraße 12.**

Mehrere tüchtige **Messing- und Holzstecher** für dauernde Beschäftigung gesucht durch den Nachweis **Gebr. Kesper, Formstecherei, Crefeld, Königstraße 230.**

Tüchtiger Nachschneider zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote mit Lohnansprüchen und Zeugnisbeschriften erbeten an **Gebr. Hehner & Co., Rheydt.**

Einen tüchtigen Kopierer für Metall und Stein sucht per sofort **Deutsche Bild-Zentrale u. Klischee-Anstalt G. m. b. H., Köln, Marzellenstraße 37**

Tüchtige Strichätzer, Autoätzer und Kopierer zum baldigen Eintritt gesucht **Graph. Kunstanstalt Fischer & Schmidt, Barmen.**

Maschinenretuscheure Farbätzer, Autoätzer für Qualitätsarbeiten geeignet, suchen in dauernde und angenehme Stellung. **Böhme & Co., Kommand-Ges., Magdeburg.**

Zu möglichst sofortigem Antritt in dauernde Stellung werden gesucht: **1 Ia Farbätzer, 1 Autoätzer, 1 Kopierer für Zink und Stein, 1 Ia Maschinenretuscheur, 1 Chromolithograph, 1 Zeichner und 1 Xylograph.** **Conrad Schönhals, Bestaur.**

Jüngeren **Umdrucker** an selbständiges sauberes Arbeiten gewöhnt, sofort gesucht. Offerten mit Lohnansprüchen an **Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig**

Tüchtiger **Nachschneider** für Schrift und Galvanos sofort gesucht. **C. Schwarz vorm Emil Hauck, Leipzig, Teubnerstraße 11.**

Xylograph tüchtiger Techniker, in dauernde Stellung gesucht. Proben mit Gehaltsansprüchen an **Kunstanst. P. Schrittz, Dresden, Pillnitzstraße 10.**

Langjähriger erfahrener Chemigraphie-**Andruker** für Mehrfarben u. feinsten Verlaufen bietet sich als Qualitätsarbeiter an **F. Lüdke, Berlin, Rigaerstr. 16.**

Handwerker- und Kunstgewerbeschule Barmen Werkstätten für Satz und Buchdruck, Stein-, Zink- und Offsetdruck. Photo-mechanisches Atelier. Entwurfsklassen für Reklame und Buchschmuck.

Korso-Werke Chem. Fabrik Detmold i. L. **Wolffs Bronzetinktur „KOSMOS“ für Hochglanz-Golddruck** **Wolffs Trockenmittel „KORSO“ für farbige Drucke**

Alleinige Fabrikation, prämiert und vom In- und Auslande vielfach begutachtet. Um sich vor Nachahmungen und Schäden zu schützen, achte man genau auf die Firma und den Wolf.

Essen (Ruhr) Auskunfterteiler **E. Westkamp, Essen, Planckstraße 121.**